

Trump, Musk und Zuckerberg beginnen den Kulturkampf

„Wir sind für alle da“, heißt es in einer aktuellen Mitteilung des Meta-Konzerns von Mark Zuckerberg, der die globalen Netzwerke Facebook, Instagram und WhatsApp betreibt. Gemeint sind die sogenannten Diversitätsprogramme, die Unternehmen vorschreiben sollen, Menschen nicht einfach nach Leistung, sondern nach Vielfaltskriterien zu beschäftigen, also Minderheiten bevorzugt anzustellen. Der Meta-Konzern teilt nun mit, dass diese Programme „vor dem Hintergrund einer sich verändernden rechtlichen und politischen Landschaft“ eingestellt würden.

Und gleichzeitig wird auch das Programm beendet, das Lieferanten von Meta bevorzugt, wenn sie selbst Diversitätskriterien folgen.

Viele große Unternehmen in den USA hatten im Zuge der „Black-Lives-Matter“-Bewegung derartige Programme aufgelegt.

Nach dem Wahlsieg von Donald Trump im November 2024 hatten US-Konzerne wie der Supermarktriese Walmart, der Automobilhersteller Ford und der Whisky-Produzent Jack Daniel's ihre Diversitätsprogramm abgeschafft oder deutlich reduziert.

Zuckerberg-Kritiker werfen dem Facebook-Gründer vor, sich den neuen politischen Gegebenheiten in den USA anzupassen. Erst vor Wochen war der frühere Unterstützer demokratischer Präsidenten wie Bill Clinton und Barack Obama zu einem Abendessen in Trumps Villa in Mar-a-Lago, Palm Beach/Florida, mit dem designierten Präsidenten gereist. Anschließend hieß es, Trump und Zuckerberg hätten sich bestens verstanden.

So gut, dass der mächtige Meta-Boss dem neuen Präsidenten für die Festlichkeiten zu dessen Amtseinführung am 20. Januar eine Million US-Dollar spendete. Und mit Dana White, dem Präsidenten der *Ultimate Fighting Championship*, einer Mixed-Martial-Arts-Organisation, wurde ein Trump-Vertrauter in den Vorstand von Meta berufen.

Als sei das alles nicht schon genug Deal mit Trump, setzte sich Zuckerberg dann auch noch vor ein Mikro bei Joe Rogan, dem erfolgreichsten Podcaster der Welt, und erhob schwere Vorwürfe gegen die Biden-Administration. Von dort sei während der Corona-Pandemie immer wieder versucht worden, Meta unter Druck zu setzen, ungewünschte Postings mit Covid-Bezug zu löschen – „schreiend und fluchend“, wie Zuckerberg bei Rogan sagte.

Im Interview bei Rogan benannte Zuckerberg eine sogenannte „kulturelle Elite“ aus Journalisten und TV-Nachrichtenmoderatoren als die Schuldigen am politischen Framing in großen amerikanischen Medien und kündigte an, an deren Stelle würde in den Meta-Netzwerken von nun an eine „neue Klasse von Schöpfern“ treten.

Facebook-Zensur: Herabgestuft von „unserer Technologie“

Zahlreiche Leser meiner Online-Portale *TheGermanZ* und *KELLE* haben mir vergangene Nacht Screenshots geschickt, in denen ihnen Facebook mitteilt, dass der von mir gepostete Artikel zum Beginn der Karwoche und der Bedeutung des Osterfestes in der Sichtbarkeit herabgestuft worden sei. Nachzulesen übrigens [hier](#)

Als Begründung heißt es:

„Unsere Technologie hat gezeigt, dass dieser Beitrag anderen Beiträgen ähnelt, die gegen unsere Gemeinschaftsstandards zu Gewaltdarstellende und drastische Inhalte verstoßen.“

Das muss man erstmal sacken lassen, oder?

Wenn Sie über die Kreuzigung Jesu und das Osterfest schreiben, werden sie bei Facebook „herabgestuft“.

Ich meine, es ist ja nicht „unsere Technologie“, es ist ja ein Mensch oder eine Gruppe Menschen, der „unsere Technologie“ so programmiert, dass das wichtigste Fest der Christenheit und die Geschichte vom Leiden und Sterben Jesu, die weltweit Milliarden Menschen bewegt, Grund ist, „herabgestuft“ zu werden.

Das Schlimmste ist dabei, dass man solche Unverschämtheiten inzwischen mit einem Achselzucken abtut. Man kann ja sowieso nichts ändern...

Übrigens: Um diesen Blog dauerhaft betreiben zu können, brauchen wir regelmäßig Ihre finanzielle Unterstützung. Bitte spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder durch eine Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 n9528 18...

Wie Facebook unsere Reichweite einschränkt

Ich erzähle Ihnen heute mal etwas, von den mysteriösen Erlebnissen, die ich/wir mit Facebook haben. Rund um mein privates Profil „Klaus Kelle“ gibt es nch eine weitere Seite mit meinem Namen, dann natürlich die Gruppe „Demokratie und Rechtsstaat verteidigen“, *TheGermanZ* und andere.

Seit etwa drei oder vier Monaten stellen wir fest, dass wir immer wieder von Facebook in der Reichweite deutlich eingeschränkt werden. Vollkommen willkürlich werden FB-Seiten von uns zur Nutzung gesperrt, d. h. unsere Leser können Beiträge nur noch eingeschränkt oder gar nicht mehr sehen.

Das Schärffste überhaupt: *TheGermanZ* nutzt ja auch Artikel der *Deutschen Presse-Agentur* (dpa), die wir 1:1 übernehmen, wenn etwas Wichtiges am anderen Ende der Welt passiert, das wir nicht selbst machen können. Auch solche Artikel, die unbeanstandet in allen möglichen deutschen Medien erscheinen, werden bei mit als „Verstoß gegen unsere Gemeinschaftsstandards“ gelöscht.

Nun werden Sie denken: Dann geh doch vor Gericht und klag' Dein Recht ein! Haben wir zweimal gemacht, beide Male gewonnen. Die Kosten für den Rechtsstreit summieren sich etwa 10.000 Euro. Wie lange halten sie das durch bei deutlich sinkenden Spendeneinnahmen in der Energiekrise und bei Rekordinflation?

Interessant ist auch die Verzögerung bei der Interaktion auf Facebook. Und das läuft so:

Jeder Artikel von *Denken Erwünscht* und *TheGermanZ* wird auch auf Facebook geteilt in den diversen Gruppen. Es müsste also dann schnell Kommentare oder Likes geben. Gibt es aber nicht selbst bei aufrufstarken Texten. Konkretes Beispiel: Die beliebte tägliche Kolumne „Früher Vogel“ auf der *TheGermanZ*-Seite hatte **gestern** genau 29.688 Aufrufe (bis jetzt). Als ich morgens meinen PC hochfuhr – die Kolumne erscheint meistens kurz nach Mitternacht – waren es bereits über 9000. Also 9000 Menschen, die den Text angeklickt und hoffentlich auch gelesen haben.

Und wissen Sie was? Bei dem seit Stunden in mehreren Facebook-Gruppen verlinkten Text gab es nicht einen einzigen Kommentar und nicht ein einziges Like. In mehreren Gruppen! So, als wird da von FB stundenlang blockiert, bevor jemand auf meinen Text draufschaut und dann freischaltet.

Halten Sie mich für einen Verschwörungstheoretiker? Wohl nur wenige von Ihnen. Aber das passiert tatsächlich und nachweisbar. Und wir haben keine Möglichkeit, uns dagegen zu wehren. Also, bitte schauen Sie regelmäßig direkt hier rein, speichern *Denken Erwünscht* unter Ihren „Favoriten“ und verlinken Sie die Texte, die Ihnen gefallen, selbst. Vielen Dank!

Bitte unterstützen Sie meinen Kampf für Meinungsfreiheit auch mit einer Spende über PayPal @KelleKlaus oder auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18.

Dieses Mal ist es wirklich ernster als sonst

Liebe Leserinnen und Leser,

alle Jahre wie-hi-der...singen wir nicht nur zum Heiligen Abend, sondern wenn das Ende des Jahres naht, dann komme ich auch mit dem Klingbeutel bei Ihnen rum, um Geld einzusammeln, das wir dringend brauchen, um diese Arbeit tun zu können.

Dazu erzähle ich Ihnen eine kleine Geschichte von heute.

Sicher haben Sie gelesen, was ich vorhin über den erschütternden Mord in einem Altenheim geschrieben habe. Der Text wurde in WhatsApp-Gruppen geteilt und es gab sofort heftige Reaktionen von emotional berührten Leserinnen und Lesern. Und es gab auch viele, die sich bedankten, dass es einen Blog gibt, der mehr zu bieten hat als Corona und Merkel.

Zeitgleich verbreitet in meinen Facebook-Gruppen - alle zusammen fast 10.000 „Freunde“ - gab es nach zwei Stunden eine einzige Reaktion überhaupt, einen Kommentar und noch drei Likes. Ein klarer Beleg für das, was mir unser Rechtsanwalt Joachim Steinhöfel immer wieder sagt.

Facebook greift aktiv ein, um die Reichweite und damit die Wirksamkeit von unbequemen Publizisten zu beschränken. Nicht nur Publizisten wie mich, sondern auch meine Kollegen und Mitbewerber können ein Lied davon singen.

Zwei Mal habe ich in Zusammenhang mit unserer Online-Tageszeitung *TheGermanZ* gegen solche Einschränkungen geklagt, beide Male haben wir mit Joachims Hilfe gewonnen. Aber es ändert sich nichts, weil ein globaler Milliardenkonzern, dessen Europazentrale in Dublin weit weg ist, sich einen Sch...darum kümmert, wenn er mal 2500 Euro Strafe zahlen muss. Für uns sind 2500 Euro eine Menge Geld.

Wir befinden uns in einem Kampf um unsere Gesellschaft, die Art, wie wir leben wollen, und um die Meinungsfreiheit in Deutschland.

Und glauben Sie mir: das ist keine Übertreibung. Wir sind viele alternative Medien, wir unterscheiden uns bei Themen und Nuancen, aber wir sind wie David, der gegen einen übermächtigen medialen Goliath mit unbegrenzten Mitteln antreten muss. Und wir wollen trotzdem gewinnen, wie David damals, aber es sieht nicht gut aus im Moment...

Als ich 2013 mit diesem Blog anfang, führten wir hier eine intensive Diskussion um die Frage der Finanzierung. *Denken erwünscht* hat seither mehr als zehn Millionen Menschen erreicht, die wenigstens einmal einen Beitrag gelesen haben. Ich allein habe mehrere tausend Beiträge in dieser Zeit geschrieben, zehntausende Kommentare wurden in unserem Forum von Ihnen verfasst, und das in aller Regel auf einem hohen Niveau und unglaublich engagiert.

Und ich denke und meine das auch aus Ihren Reaktionen herauszuhören: Das hier ist nicht der größte Blog, wir liegen bei den Zugriffen im Mittelfeld der geschätzten Kollegen. Aber wir machen inhaltlich auch - bewusst - ganz etwas anderes. Nicht Krawall, nicht hecheln nach jedem einzelnen Klick oder gar Anerkennung des Mainstreams. Denn ich schreibe neben dem Erwartbaren auch über solche Themen für

Sie, die Sie woanders gar nicht oder so nicht zu lesen bekommen - wie vorhin über die furchtbare Tragödie zweier alter Menschen, die mich beim Lesen einer kleinen dpa-Meldung wirklich auch emotional sehr berührt hat.

Zurück zu unserer Diskussion 2013 - wie finanzieren wir diesen Blog? Soll ich Werbung reinholen, war meine Frage. Und Sie sagten mit großer Mehrheit, das wollen wir nicht. Sollen wir eine Bezahlschranke für die großen Artikel einrichten, war meine zweite Frage. Und wieder sagten Sie, dass Sie das nicht wollen. Und wir einigten uns gemeinsam darauf, Sie spenden hin und wieder freiwillig je nach ihren eigenen Möglichkeiten. Wer selbst mit dem Geld im Alltag nicht klarkommt, von dem erbitte ich nichts und freue mich, dass Sie dennoch bei mir lesen und kommentieren.

Ich richte mich an diejenigen, die etwas tun könnten und bisher gedacht haben: der Kelle, der macht das schon. Irgendwie. Und bis zu Corona hatten Sie sogar recht damit. Nicht üppig, aber genug zum leben und arbeiten.

Doch die Spenden sind in den Corona-Jahren 2020 und 2021 bei uns - und wahrscheinlich bei den geschätzten Kollegen auch - massiv eingebrochen. Ich habe nicht den Eindruck, dass dieser Blog schlechter geworden ist. Aber wie jedes Jahr wende ich mich heute erneut zur alljährlichen bürgerlich-konservativen Kollekte an Sie.

Wenn es Ihnen möglich ist, bitte unterstützen Sie meine und unsere Arbeit hier, damit dieser Blog, den jeden Monat eine sechstellige Zahl von Bürgern liest, eine Zukunft haben kann!

Falls Sie meine Arbeit unterstützen können und möchten, bitte spenden Sie nach Ihren Möglichkeiten über PAYPAL hier oder durch eine Überweisung auf unser Konto DE06 3305 0000 0000 3447 13. Herzlichen Dank!

GASTSPIEL ROLAND NOÉ: Wenn selbst Katja Kipping die Twitter-Zensur zu viel wird

Zurück in die Zukunft? Oder vielleicht doch eher ein Zurück in die Vergangenheit, in George Orwells Jahr 1984? An nichts anderes erinnern die Vorgänge rund um die letzten Stunden von US-Präsident Donald Trump. Um diesen, der zweifelslos in den letzten Tagen einige Fehler gemacht hat, soll es in diesem Kommentar aber nicht gehen. Ich möchte hier vielmehr über das Verhalten der großen sozialen Netzwerke Facebook, Twitter und Google nachdenken. Was ist passiert?

Unter dem Eindruck der erschütternden Ereignisse beim Kapitol begannen Internet-Giganten wie Facebook und Twitter plötzlich die Accounts von Donald Trump zu sperren, mit der vagen Begründung,

dass dieser angeblich zu Gewalt aufgerufen habe. (Dass er dies nicht gemacht hat, weiß jeder, der seine Rede am 6. Januar tatsächlich angehört hat. (OT-Text: „*marching over to the Capitol building to PEACEFULLY and patriotically make your voices heard*“) Aber jedoch zum auf der Zunge zergehen lassen und Nachdenken: Die BIG TECHS drehen einfach von heute auf morgen dem eigenen, immer noch amtierenden (!) Präsidenten das Mikrofon ab. Diese Ungeheuerlichkeit sollte man doch auf sich wirken lassen. Meiner Meinung nach sollten alle Alarmglocken läuten, völlig unabhängig von der Person Donald Trump und wie man auch zu ihm stehen mag.

Nur wenige Stunden später trendete bei Twitter der Hashtag #HangMikePence (dt.: „hängt Mike Pence“) bei Twitter – für Twitter ist dieser Aufruf zur Gewalt allerdings offensichtlich kein Problem. Weiterhin auf Twitter aktiv ist auch Ali Chamenei, das Staatsoberhaupt des Iran, der dort seit 2018 schreiben darf, dass Israel ein Krebsgeschwür sei und entfernt werden müsse. Sein Tweet mit diesem Inhalt war nie der Aufmerksamkeit wert, gelöscht zu werden. Die Antifa in Portland darf zum Beispiel weiterhin auf Twitter aktiv sein, um ihre gewalttätigen Aktionen zu organisieren. Kamala Harris, die neue demokratische Vizepräsidentin der USA, durfte 2020 wochenlang die Proteste in den Städten, bei denen Polizisten erschossen, Geschäfte geplündert und es zu Brandschatzungen kam, auf Twitter verharmlosen. Sie lobte ausdrücklich diese „Bewegung“. Es gäbe unzählige weitere Beispiele, an denen sichtbar wird, dass Twitter kein grundsätzliches Problem mit Gewalt-Tweets hat.

An diesem Wochenende sollten uns noch weitere Begebenheiten hellhörig machen. Die Sperrung Donald Trumps von Twitter sorgte zuerst für einen großen Zustrom zu den Twitter-Alternativen Parler und Gab. Inzwischen haben sich viele, vor allem Christen und Konservative, zumindest einen Zweiaccount dort zugelegt. Parler dürfte am Wochenende Millionen neue User bekommen haben. Doch die BIG-TECHS wollten auch das verhindern. So begann Google und Apple damit, die genannten Alternativen aus den jeweiligen App-Stores zu sperren, so dass man sie nicht mehr downloaden konnte. Begründung: Es solle auf Parler Gewaltverherrlichung geben. Mit einer ähnlichen Begründung müssten Google und Apple allerdings auch Twitter aus ihren Download-Stores aussperren, wovon aber selbstverständlich nicht die Rede ist. Daraus folgt, dass tatsächlich seit Sonntag die Alternative zu Twitter, die Parler App, nicht mehr heruntergeladen werden kann. Auch Amazon nutzte seinen Einfluss und kündigte Parler kurzfristig die Speicherplätze. Parler ist damit gezwungen, die Server zu übersiedeln, was möglicherweise einige Tage dauern könnte. So hat man also in einer gezielten Aktion einen unliebsamen Konkurrenten vermeintlich ausgeschaltet. Doch Parler wird wiederkommen. Auch beim sozialen Netzwerk GAB hatte man schon vor einiger Zeit ähnlichen Druck ausgeübt. Doch GAB ist inzwischen unabhängig, hat eigene Server und hat am Wochenende ebenfalls massiven Zuwachs bekommen.

Das Verhalten von Twitter und Facebook wird von Vielen kritisiert, die sicher nicht im Verdacht stehen, Anhänger von Donald Trump zu sein. „Wenn allein Twitter, Facebook & Co darüber entscheiden, ob ein übler Präsident wie #Trump weiter senden kann, halte ich das auch für gefährlich. Es ist nicht Sache von Konzern-Chefs zu bestimmen, wer stumm gestellt wird. Das muss demokratisch geklärt werden“, twitterte ausgerechnet Katja Kipping, Parteivorsitzende der Linken in Deutschland. WELT-Chefredakteur Ulf Poschardt stellte fest: „Bei Twitter, Facebook und anderen Tech-Giganten handelt es sich nicht um die vierte Gewalt im Staat (...) Tech-Unternehmen kann man es nicht erlauben, Präsidenten stumm zu

schalten, als besäßen sie einen On/Off-Schalter für die Macht.“ Ralf Schuler von der BILD-Zeitung erinnert: „Ganz gleich, was man von Trump hält: Plattformen, die Politik machen oder Meinungen zensieren, passen nicht in die freie Welt. Heute trifft es den (vermeintlich) richtigen, morgen andere.“

Die NZZ schreibt zu den Entwicklungen: „Die sozialen Netzwerke haben mit Trump ihren einflussreichsten Nutzer von ihren Plattformen geworfen. Die von vielen bejubelte Entscheidung ist vor allem eines: Ein noch nie da gewesener Eingriff in die politische Debatte.“ Der einflussreiche republikanische Senator Lindsey Graham erklärte auf Twitter „Der Ajatollah kann twittern, aber Trump nicht. Das sagt viel über die Leute aus, die Twitter führen.“ Trumps Sohn Donald Trump Jr. schrieb: „Redefreiheit existiert nicht mehr in Amerika. Sie starb mit den großen Tech-Unternehmen, und was übrig ist, ist nur noch für ein paar Auserwählte da. Das ist absoluter Irrsinn!“

Mexikos Präsident Andres Manuel Lopez Obrador hat die Aktionen von Facebook und Twitter übrigens ebenfalls scharf verurteilt, aus dem EU-Raum hingegen hört man tiefes Schweigen. Man darf gespannt sein, wann Angel Merkel und andere Politiker das Thema „Meinungsfreiheit“ wieder in den Mund nehmen. Wie ein Hohn wirkt angesichts der jüngsten Entwicklungen eine Aussage von Jack Dorsey, dem CEO von Twitter aus dem Jahre 2015: „Twitter steht für die Freiheit der Meinung.“

Doch nun zurück zum eingangs erwähnten Jahr 1984. Im berühmten düsteren Roman von George Orwell aus dem Jahr 1948 steht so einiges, was in der heutigen Situation nur allzu passend erscheint. Denn irgendwie erfüllt sich möglicherweise gerade eine düstere Vision eines totalitären Überwachungsstaats, in dem nur wenige Tech-Konzern-CEOS bestimmen können, was weltweit als „Meinung“ erlaubt ist - und was nicht. Tech-Konzerne agieren nicht mehr als Dienstleister, sondern eindeutig parteiisch. „Freiheit bedeutet, die Freiheit zu sagen, dass zwei und zwei vier ist. Gilt dies, ergibt sich alles Übrige von selbst“, heißt es im Roman „1984“. „Big Tech ist jetzt Big Brother“, erklärt Dan Bongino, US-amerikanischer Radio- und Fernsehmoderator und Miteigentümer von Parler, am Sonntag.

Was kann man tun? Ich denke: Christen müssen aufwachen und handeln, und wir sehen, dass das bereits passiert. JEDER von uns kann handeln- und es kann auch jeder zukünftig von der Big Tech Zensur betroffen sein. Auch wenn PARLER möglicherweise kurzfristig OFF sein sollte: für alle Twitter-User ist PARLER oder auch GAB eine sehr gute Alternative. Seit dem Samstagmorgen strömen Konservative in Massen zu PARLER und auch GAB (dort soll der Traffic um 900-1.000 % angestiegen sein) und errichten dort neue Accounts, manche löschen sogar ihren Twitter-Auftritt. Was Twitter weh tun wird, sind schwindende User-Zahlen. Dadurch kann Twitter weniger Werbeeinnahmen erzielen. Und das Abstellen des bisherigen Twitter-Aushängeschildes Trump, mit dem der Konzern viel Geld verdient hat, dürfte massiv schaden. Viele der fast 90 Millionen Follower von Trump könnten sich von Twitter dauerhaft abwenden und werden auf eine andere Plattform wandern. Der Exodus begann bereits am Wochenende und kann andauern.

Auch bei Facebook sollten sich Christen meiner Ansicht nach genau überlegen, ob sie solche unglaublichen und massiven Eingriffe in die Meinungsfreiheit noch mittragen wollen. So werden christliche und auch konservative Stimmen seit Monaten immer wieder gesperrt und ausgeschlossen.

Daher ist präventives Handeln das Gebot der Stunde.

Facebook beispielsweise untersagt seit Monaten beispielsweise Werbungen zum Thema „Pro Life“ oder auch Banner, die an die Opfer von islamistischem-Terror erinnern. Dieselben Werbungen waren 2019 noch möglich. kath.net verwaltet derzeit noch einen Facebook-Auftritt, baut aber im Jahr 2021 bevorzugt den MeWe-Auftritt auf und wird dort mehr veröffentlichen als auf Facebook. Wir sehen dort und auf Plattformen, auf denen die Meinungsfreiheit hochgehalten wird, unsere Zukunft! Längerfristig werden wir uns daher wohl von Facebook verabschieden.

Viele hellhörig gewordene Menschen verabschieden sich in diesen Tagen auch vom Whatsapp-Messenger (ein Teil des Facebook-Konzerns) und wechseln zu Telegram und Signal. Auch die kath.net-Redaktion wird Whatsapp ab sofort boykottieren, seit Sonntag findet unser interner Austausch bei zensurfreien Unternehmen statt. Mein ganz persönlicher Aufruf ist: Nur Mut, viele kleinen Schritte sind ein langfristiger Weg in die Freiheit, machen wir uns möglichst unabhängig von den großen Tech-Konzernen.

Roland Noé ist Chef des reichweitenstarken katholischen Portals [kath.net](https://www.kath.net) in Österreich.

Kranke Hirne auf Facebook

Menschen, die wie ich den ganzen Tag vor einem Bildschirm rumhängen (müssen), stoßen immer wieder auf Dinge, die sie gar nicht sehen wollen. Auf Beiträge und Personen, von denen unsereins wünschen würde, dass es sie gar nicht gäbe. Aber es gibt sie.

Gestern blieb ich zufällig auf einem privaten Strang bei Facebook hängen - keine Partei oder Gruppe. Ganz privat tauschten sich da offenbar einige unserer Landsleute Ost darüber aus, jetzt sei es an der Zeit, dass Putin eingreife und dem Spuk in Deutschland mit dieser Bundesregierung endlich ein Ende macht. Offenbar meinten diese Vollhonks das wirklich ernst, die sich natürlich auch ihr Gehalt oder staatliche Leistungen nicht in Rubel auszahlen lassen, sondern gerne den Euro nehmen, über den sie so schön schimpfen. Und die vergessen haben, dass man in autokratischen Gesellschaften, wenn man etwas Derartiges öffentlich formuliert, auch mal eine Stunde später abgeholt wird.

Ich kann mich noch erinnern, dass es früher bei Kneipengesprächen von Älteren, wenn irgendwer etwas ansprach, was gerade schlecht lief, immer irgendetwas aus der Runde sagte: „Wir müssten mal wieder für eine Woche einen Führer haben!“ Der für Ordnung sorgt und so, und manche lachten dann. Ich fand das damals zum Kotzen, und ich finde es auch heute zum Kotzen. Nein, wir wollen einen Rechtsstaat haben, eine freiheitliche Demokratie mit Pluralismus und Meinungsfreiheit. DAS ist bürgerlich, auch konservativ oder liberal. Kein Mensch braucht einen „Führer“, und die Lockerheit, mit der Leute offen eine russische Intervention in unserem, in meinem Land, herbeireden wollen, ist einfach nur ekelerregend.

Klar, ich lehne viele Entwicklungen in diesem Land konsequent ab. Diese Bundesregierung ist die schlechteste in der Geschichte seit 1949. Frau Merkel gehört wegen der fahrlässigen Gefährdung der Inneren Sicherheit durch ihre Flüchtlingspolitik und wegen des mehrfachen Bruchs geltender Gesetze vor ein Gericht gestellt. Aber: Hilferuf an Putin, hier einzumarschieren und die frei gewählte deutsche Regierung zu stürzen – das können sich nur kranke Hirne ausdenken. Und das sind ja Leute, die sich selber als „Patrioten“ verstehen.

Die gute Nachricht zum Schluss. Das mit dem Einmarschieren wird nix. Wie antwortete der legendäre Don Camillo im Film immer breit grinsend, wenn ihm ein paar kommunistische Heißsporne eine Tracht Prügel androhten? „Das ist aber gar nicht so einfach...“ Und dann griff er zu einem dicken Holzseil....

Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer,

..ich hatte den Eindruck, dass Sie ehrlich empört waren. Was wäre denn gewesen, „wenn 70 Zeitungsredakteure vor der Wahl einen Aufruf gegen die CDU veröffentlicht hätten“ fragten Sie – meine Parteivorsitzende – mit bebender Stimme. Meine Antwort: Dann hätten 70 Zeitungsredakteure vor der Wahl einen Aufruf gegen die CDU veröffentlicht.

Wenn 70-jährige Abgeordnete mit dem Internet nicht mehr so richtig klarkommen, dann kann man das vielleicht nachvollziehen...obwohl, eigentlich auch nicht, denn das Netz und die Sozialen Netzwerke verändern alles. Und das sollten unsere Abgeordneten, egal welcher Partei, wissen und respektieren. Ganz sicher sollte das aber AKK klar sein, die ihre Union neu aufstellen und zu Erfolgen führen will.

Kurz vor der Präsidentschaftswahl 2016 in den Vereinigten Staaten hatten die 50 größten Tageszeitungen des Landes für ihre Leser Wahlempfehlungen veröffentlicht – jenseits des Atlantiks ist das üblich. Zusammengefasst: Alle dieser Redaktionen empfahlen ihren Lesern, zu wählen, was immer sie wollen. Bloß nicht diesen Trump. Wie es ausging, wissen wir alle.

Meinungsfreiheit ist die Freiheit, seine Meinung frei äußern zu können. Und Freiheit ist das Wichtigste überhaupt. Natürlich dürfen 70 Youtuber jeden Tag dazu aufrufen, die CDU zu zerstören (sofern es nicht mit Gewalt ist). Und natürlich darf sich jeder Bürger auf eine Bierkiste im Stadtzentrum stellen und laut aussprechen, was oder wen immer er oder sie blöde findet.

Und jeder Journalist, jedes Medium darf berichten und kommentieren, was sie wollen. Das ist das Wesen der Freiheit, das ist das Lebenselixier einer Demokratie. Nur Menschen, die nicht mehr alle Sinne beieinander haben, wollen keine Demokratie. Und keine Meinungsfreiheit.

Meinungsfreiheit kann es nicht genug geben. Die Zensurmaßnahmen bei Facebook sind zum Kotzen, und

auch Uploadfilter gemäß Artikel 13 gehen gar nicht. Auch deshalb haben die etablierten „Volksparteien“ am Sonntag von den jungen Wählern ordentlich aufs Maul bekommen.

Noch mal zur Erinnerung, im Artikel 5 unseres Grundgesetzes heißt es:

„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.... Eine Zensur findet nicht statt.“

Und das gilt übrigens auch für die linksextremen Sturmtruppen, die der AfD verbieten wollen, frei ihre Meinung zu sagen. Es ist eine Schande, dass in Deutschland Gastwirte unter massiven Druck gesetzt werden, der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag keine Räume für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Redner werden niedergebrüllt, es gibt gewalttätige Übergriffe auf Wahlkampfstände und Mitglieder dieser Partei. Ob deb wackeren „antifa“-Idioten bewusst ist, dass sie genau das praktizieren, was die braunen Sturmtruppen in den 30er Jahren gegen andere Parteien inszeniert haben?

Freiheit, das bedeutet auch, andere Meinungen zu tolerieren. Man muss sie nicht akzeptieren, aber tolerieren auf jeden Fall. Alle außer Frau Maischberger wissen das.

Liebe Frau Kramp-Karrenbauer, liebe Neuland-Kanzlerin, liebe Abgeordnete von Union und SPD – Meinungsfreiheit gilt für ALLE! Ausnahmslos! Auch für die, die Euch kritisieren und abschaffen wollen. Mehr denn je gilt heute im sogenannten „Land der bunten Vielfalt und Toleranz“ der Satz von Rosa Luxemburg: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden....“ Immer!

Beste Grüße,

Ihr Klaus Kelle

Ein Ex-General im Schützengraben

Ruprecht Polenz war mal Generalsekretär der CDU, zu recht nur wenige Monate von April bis November 2000 und ...ich formuliere es vorsichtig...nicht übermäßig erfolgreich.

Heute beschränkt er sich auf antifaschistisches Trommelfeuer auf Facebook, ist Vorsitzender der *christlich-muslimischen Friedensinitiative* und Kuratoriumsmitglied der *Christlich-Islamischen Gesellschaft*. Im Hinterkopf habe ich noch, dass er mal Verstörendes über Israel geschrieben habe, aber

ehrlich gesagt habe ich keine Lust, so viel Zeit für den Mann aufzuwenden und das auch noch im Detail nachzulesen.

Gestern Abend hat Polenz mich aber – das erste Mal überhaupt – zum Lachen gebracht, als er auf Facebook seine Abo-Kündigung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) verkündete. Der jahrzehntelange FAZ-Leser Polenz kündigte den Bezug der bürgerlichen Intelligenzzeitung mit der Begründung, diese habe den gefährlichen rechten Politiker Alexander Gauland eine Gastkolumne („Fremde Federn“) schreiben lassen. Denken Sie noch mal einen Moment darüber nach! Der ehemalige CDU-Generalsekretär kündigt das Abo, weil die Zeitung den Vorsitzenden der größten Oppositionspartei im Deutschen Bundestag einen gastbeitrag schreiben ließ! Der Vorgang sagt nichts über Gauland oder die FAZ aus, aber sehr viel darüber, wie es mit dem Demokratieverständnis des Herrn P. aus Münster bestellt ist. Auf Facebook fragte noch einer, ob nicht der nächste logische Schritt für Polenz wäre, sich 100 FAZ-Exemplare zu besorgen und diese öffentlich zu verbrennen.

Ich habe dann eben doch noch bei *wikipedia* über Polenz gelesen. Im Jahr 2002 habe der an der *Bilderberger-Konferenz* in Chantilly teilgenommen. Das wusste ich bisher nicht und konnte es mir auch nicht vorstellen, weil man ja in rechten Kreisen immer behauptet, zu diesen Treffen würden nur wichtige Persönlichkeiten eingeladen, die großen Einfluss auf die Geschicke der Welt hätten. Also auch wieder gelogen....

Gegen das grundgesetzwidrige NetzDG: Martin geht nach Karlsruhe

von MARTIN D. WIND

Sie alle, die Sie diesen Text lesen, sind mittelbar oder unmittelbar Betroffen. Sie alle sind Opfer einer von der Regierung initiierten Zensurpolitik, die seit dem 1. Oktober 2017 angewandt wird. Damals wurde von der Regierung Angela Merkel, das von Heiko Maas, bzw. dessen Mitarbeitern zusammengeschusterte sogenannte „Netzdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG) in Kraft gesetzt. Ein Gesetz, das meiner Meinung nach absolut grundgesetzwidrig ist. Im Grundgesetz steht in Artikel 5, dass jeder Bürger seine Meinung frei und ungehindert äußern darf. In jeder Form. Und dann steht da noch: „Eine Zensur findet nicht statt.“

Das ist für Menschen, die mit Kritik nicht umgehen können, natürlich bitter. Nun ist man schon an der Macht, und dann darf man den Bürgern, die einem gewählt haben, nicht mal den Mund verbieten. Aber Sie alle haben es schon mal bemerkt oder mitbekommen oder Sie wurden sogar selbst Opfer dieser Zensur, die es ja eigentlich laut Grundgesetz nicht geben dürfte. Freunde und Bekannte in den sozialen Netzwerken berichten, dass ihre Beiträge gelöscht wurden. Oder wurden gar Ihre Beiträge schon gelöscht? Freunde und Bekannte werden plötzlich für einen oder mehrere Tage gesperrt. Freunde und

Bekannte werden damit bedroht, dass ihre Profile aufgelöst werden, sollten sie weiterhin unbotmäßig posten.

Und unbotmäßig ist vieles: Kritik an der außer Kontrolle geratenen Einwanderungspolitik, Kritik am verantwortungslosen Sexualunterricht vom Kindergarten über die Grundschule bis in die Oberstufe, wie schrille LGBT-Aktivistinnen sie gegenüber prinzipienlosen Politikern der C-Parteien durchsetzen konnten. Kritik an den Folgen der massiven Einwanderung aus einer Kultur, deren „Werte“ mit unserer Zivilisation schlicht nicht kompatibel sind. Ja sogar Ironie, Sarkasmus oder gar Zynismus sind hochgradig zensurwürdig!

Ach so - ordentlich auf Israel eindreschen dürfen Sie und ordentlich Judenhass zu verbreiten, wird auch nicht gerade so scharf sanktioniert. Aber sei es drum. Hier geht es um Zensur, die grundgesetzwidrig ist.

Bisher war es so, dass wir freie Meinungsäußerung hatten. Wer meinte, dass das, was da an „Meinung“ mitgeteilt wurde, den Rahmen des strafrechtlich Zulässigen sprengte, der zog vor Gericht. Dort wurde sauber auseinandergesetzt und beurteilt, was tatsächlich Sachargument und was persönliche Übergriffigkeit war. Alles lief seinen rechtlich einwandfreien Gang. Bis Heiko Maas kam, der sich maßlos darüber ärgerte, dass Zensur in Deutschland eben verboten ist. Und jetzt kommen Haarspalter ins Spiel: Zensur ist laut Definition nur die staatliche Kontrolle dessen, was verbreitet wird. Also haben die maasschen Zuarbeiter juristisch spitzfindig geschlossen, dass es nicht unter das Zensurverbot falle, so man Unternehmer, Medien, Blogger und die Betreiber der sozialen Medien dazu zwingt, dass sie kontrollieren müssen, was eventuell strafbar sein könnte.

Dafür haben sie nur 24 Stunden Zeit. Sollten Beiträge, die sich im Nachhinein als tatsächlich strafbar herausstellen, dann noch immer im Verantwortungsbereich der oben angeführten stehen, so droht der Gesetzgeber mit ruinösen Strafzahlungszahlungen. Es kam, wie es zu erwarten war: Überall wird auf Teufel komm raus zensiert, gestrichen, geblockt, gedroht, mundtot gemacht. Inzwischen gibt es organisierte Truppen, die missliebige - politische wie weltanschauliche - Beiträge so lange als „gefährlich“ melden, bis der Anbieter aus Angst vor staatlichen Restriktionen lieber löscher, als fundiert zu prüfen.

Ich will diesen grundgesetzwidrigen Wahnsinn stoppen. Ich will erreichen, dass das Bundesverfassungsgericht, den perfiden Trick der Bundesregierung durchschaut, als solchen benennt und ihn kippt. Deshalb werde ich vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und gegen dieses NetzDG klagen. Ich selbst war bereits für Tage gesperrt, Beiträge von mir wurden ohne belastbaren Grund gelöscht. Bitte helfen Sie mit und unterstützen Sie meinen Kampf um die Meinungsfreiheit. **Wie Sie das machen können, erfahren Sie auf meiner Crowdfunding-Seite.**

Vielen Dank für ihr Interesse, vielen Dank für ihren ideellen aber vor allem auch finanziellen Beistand. Übrigens: Dieses Anliegen darf man sehr gerne weiterverbreiten:

<https://www.gofundme.com/meinungsfreiheit-zuruckerobern>

Nächster Fall der Facebook-Zensur: Jetzt ist sogar Helmut Schmidt auf dem Index

Der Unternehmer Gerald Wagener ist ein guter Typ. Am Niederrhein hat er eine ungemein aktive Truppe der CDU-Basisbewegung *WerteUnion* um sich geschart, die dem linksgestrickten Parteiestablishment aber sowas von auf die Nerven geht. Und genau deshalb engagiert er sich, der vor Jahren aus Verärgerung in die CDU wieder eingetreten ist, um aus der traditionsreichen und einst durchaus patriotischen Partei wieder das zu machen, was sie war.

Nun hat Wagener eine neue Erfahrung gemacht - er wurde für drei Tage im sozialen Netzwerk *Facebook* gesperrt. Sein Vergehen: er hat den früheren sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt zitiert. Schmidt hatte gesagt:

„Wir müssen eine weitere Zuwanderung aus fremden Kulturen unterbinden. Als Mittel gegen die Überalterung kommt Zuwanderung nicht in Frage. Die Zuwanderung von Menschen aus dem Osten Anatoliens oder aus Schwarzafrika löst das Problem nicht, schafft nur ein zusätzliches dickes Problem.“

Er sagte das 2005. Heute wird man dafür auf Facebook gesperrt.